

DKP-Hamburg: Aktiv in Betrieb, Stadtteil und Bewegung

5 Einleitung

Der Senat plant das größte „Spar“- Programm, das Hamburg je erlebt hat. Mehr als 2 Milliarden Euro will der Senat wegstreichen. 556 Mio. Euro in den Jahren 2011/12, 666 Mio. Euro im Jahr 2013 und 1Mrd. Euro im Jahr 2014. Der Senat plant gewaltige Einschnitte in soziale Programme, in Qualifizierung und Kinderbetreuung, in Sicherheit und Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Wissenschaft, in die Arbeit der Bezirke und Stadtteile. Milliarden schwere Schutzschirme gibt es dagegen u. a. für die HSH Nordbank und Hapag Lloyd.

„Leere Kassen“ in den öffentlichen Haushalten - Kein Naturgesetz!

15 „Es ist kein Geld da! Wir alle müssen sparen!“ Es ist kein Geld da? Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di besitzen die zehn reichsten HamburgerInnen, angeführt von den Familien Otto (Otto-Versand) und Herz (Tchibo) zusammen ein Vermögen von 28,45 Milliarden Euro. Nur zum Vergleich: Der Haushalt der Stadt Hamburg umfasst rund 10 Milliarden Euro. Hamburg ist reich. Hamburg müsste nicht sparen, der Reichtum muss umverteilt werden.

Es ist eine politische Entscheidung, ob von dem Reichtum Hamburgs auch alle Bürgerinnen und Bürger etwas haben. Würde der Senat im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern endlich für eine gerechte Vermögensteuer sorgen, kämen jedes Jahr rund eine Milliarde Euro zusätzlich in die Kasse. Vermögenssteuern sind Ländersache. Hamburg könnte sich für deren Wiedereinführung einsetzen, verzichtet aber bewusst darauf. Wenn nur die bereits genannten zehn reichsten HamburgerInnen nur ein Prozent Steuern auf ihr Vermögen zahlen müssten, wären jedes Jahr mindestens 285 Millionen Euro mehr im Haushalt - alle Etatprobleme wären also leicht zu beseitigen. Würde der Senat endlich auch genügend Steuerprüfer ausbilden und beschäftigen, könnte die Steuerhinterziehung im großen Stil gestoppt werden - jede Steuerprüfung bei einem Hamburger Millionär bringt 115.000 Euro zusätzlich in die Stadtkasse. Darüber hinaus werden Bundesländer, Städte und Gemeinden durch die Krise noch stärker als bisher in die Schuldenfalle getrieben. Das ist auch ein weiterer Grund, warum der Hamburger Senat jetzt mit massiven Kürzungen, Leistungseinschränkungen und Preiserhöhungen bei den kommunalen Diensten reagiert. Gesetzlich abgesichert wird der Sozialabbau durch den Beschluss einer sog. Schuldenbremse: Bund und Länder werden schrittweise bis zum Jahr 2016 verpflichtet, die jährliche Neuverschuldung drastisch zu reduzieren.

Ein sofortiges Zinsmoratorium als erster Schritt bis hin zur Annullierung sämtlicher Staatsschulden. Wir wissen: Ohne sich mit dem Kapital anzulegen, ist eine Sanierung der Hamburger Finanzen nicht möglich. Die angeblichen Einsparungen der öffentlichen Haushalte werden in der Bedienung der Zinslast an die Banken regelrecht aufgeessen. Die Frage nach den gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen stellt sich somit in neuer Qualität.

50 Die o. g. Alternativen und Forderungen sind auf das Hier und Jetzt ausgerichtet. Wir Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten wissen aber, dass grundlegende und dauerhafte Verbesserungen im Kapitalismus an die Grenzen der Profitlogik und des Privateigentums an den Produktionsmitteln stoßen. Zur Lösung der Probleme muss das kapitalistische System überwunden werden. Dieser revolutionäre Bruch

5

55hin zu einer neuen Gesellschaft führt über eine Periode der antimonopolistischen Umwälzungen zum Sozialismus – einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, einer Gesellschaft ohne Rassismus und Krieg!

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund konzentriert sich die DKP-Hamburg in 60den nächsten Jahren auf folgende Schwerpunkte ihres Wirkens:

Betrieb

Die DKP erkennt in der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt im Kampf für den 65Sozialismus. Strategische Aufgabe der DKP ist es, als Teil der Arbeiterklasse einen führenden Beitrag zur Entwicklung „von der Klasse an sich“ „zur Klasse für sich“ zu leisten.

Die Verankerung der DKP Hamburg in der Arbeiterklasse, insbesondere in den 70Betrieben, ist derzeit sehr schwach. Die DKP steht (wieder) ganz am Anfang der Umsetzung dieser strategischen Aufgabe. In einer solchen Phase steht die Überzeugung einzelner fortgeschrittener Kollegen für die Partei und der Aufbau von Verbindung in die Betriebe – also das, was Lenin die „Gewinnung der Avantgarde“ genannt hat – im Zentrum der Arbeit einer kommunistischen Partei.

75

Fortschritte auf diesem Gebiet bedürfen eines langen Atems. Auch wenn andere Ziele in der gegenwärtigen politischen Lage kurzfristig Erfolge verheißen, muss die DKP Hamburg alle bei der gegebenen Mitgliederstruktur vorhandenen Erfolg versprechenden Ansätze nutzen, um in der Arbeiterklasse „Fuß zu fassen“.

80

Die Avantgarde muss ideologisch gewonnen werden. Dies kann nur dadurch geschehen, dass die fortgeschrittenen Kollegen die prinzipielle Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Arbeiterinteressen erkennen und den Einfluss der verschiedenen Spielarten sozialdemokratischer Ideologie auf ihr Denken durchschauen und 85überwinden.

Inhaltlich hat deshalb die Propagandaarbeit und die Verbreitung marxistischer Grunderkenntnisse in Auseinandersetzung mit dem Linkskeynsianismus besondere Bedeutung.

90Organisatorisch hat die Stärkung aller bestehenden Ansätze für eine Verankerung in den Betrieben Priorität.

Diese Ausrichtung bedeutet zugleich, das Profil der Kommunistischen Partei herauszubilden und in solidarischer Form und mit der Methode der Überzeugung an 95Hand von Grundfragen, Diskussionen mit allen, die ein Interesse daran haben, zu führen.

Im Planungszeitraum werden mit diesem Ziel folgende Maßnahmen zur Stärkung der Betriebsarbeit der DKP Hamburg umgesetzt:

100

1. **Bildung neuer und Stärkung bestehender Betriebsgruppen**
2. **In den „Hamburger Utsichten“ wird ein fester Block „Betrieb und Gewerkschaft“ eingerichtet.**
3. **Nutzung des Angebotes der MASCH für Grundlagenschulungen zur politischen Ökonomie und gewerkschaftliche Themenabende**
4. **Betriebsarbeitertreffen aller im Bereich Betrieb und Gewerkschaft tätigen Genossen (regelmäßig zweimal im Jahr + bei besonderen Anlässen/Kampagnen).**

105

- 110 5. **Koordination und Steuerung der gesamten Betriebsarbeit durch eine an den Bezirksvorstand angebundene AG.**
6. **„30 Stunden sind genug“: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

115

Stadtteil

Die DKP Hamburg engagiert sich in der Kommunalpolitik als ein wesentliches Politikfeld der kommenden zwei Jahre und darüber hinaus. Dabei richten wir unser
120kommunalpolitisches Wirken konsequent an den Lebens- und Wohninteressen der Arbeiterklasse in den jeweiligen Stadtteilen aus. Unter unserer kommunalpolitischen Tätigkeit verstehen wir einerseits die Stadtteilpolitik der Grundorganisationen und andererseits deren gemeinsames Wirken in den Stadtbezirken. Die Bezirksorganisation als Ganzes leistet Hilfestellung und entwickelt politische
125Hauptinhalte. Die kommunalpolitische Kommission des Bezirksvorstands koordiniert die Arbeit der Parteigliederungen und erarbeitet Vorlagen für den Bezirksvorstand.

Die Aktivitäten im Stadtteil machen die DKP als politische Kraft im Alltag sichtbar. An konkreten Problemen orientiert, geben sie den Menschen Anreiz, sich für ihre
130unmittelbaren Interessen einzusetzen. Geeignete Orte sind Stadtteileräte, Initiativen, Bündnisse oder Vereine. Politische Kämpfe und Erfolge zeigen, dass es sich lohnt, im persönlichen Umfeld tätig zu werden. Das gewonnene Selbstvertrauen hilft, auch in übergeordneten Konflikten Farbe zu bekennen. Die Aktivität der Grundorganisationen im Stadtteil ist nicht nur eine politische Schwerpunktsetzung,
135sondern kann auch dazu beitragen, die organisationspolitische Entwicklung der Grundorganisationen voran zu bringen.

Über den Stadtteil hinaus beschäftigen sich die Grundorganisationen mit der Politik im Stadtbezirk. Die Parteigruppen sind gehalten, mit mindestens einem
140Gruppenmitglied an den Sitzungen der Ausschüsse der Bezirksversammlungen teilzunehmen, dort nach Möglichkeit von dem Rederecht in der Diskussion Gebrauch zu machen und im Anschluss die Ausschusssitzungen in der Gruppe kollektiv auszuwerten. Die Kompetenzen der Bezirke im Stadtstaat Hamburg sind begrenzt, berühren aber oft die direkten Lebensinteressen der Bürger. Die unterste
145gewählte Volksvertretung ist zugleich die nächste. Bezirkspolitik kann so auch in Stadtteilpolitik umgemünzt werden. Die DKP-Parteigruppen sind aufgefordert, die in den Bezirksversammlungen sowie den Bezirksausschüssen behandelten und für die Parteiarbeit als wichtig erachteten Themen über Infostände, Veranstaltungen und/oder Publikationen in die öffentliche Diskussion zu transportieren.

150

Die DKP hat ein Interesse daran, die Sitze ihrer beiden Genossen in zwei Bezirksversammlungen zu den Wahlen 2012 in Hamburg zu verteidigen und neue hinzuzugewinnen. Wir werden uns rechtzeitig vor den Bürgerschaftswahlen 2012 mit unserem Wahlvorgehen beschäftigen. Durch die gesetzlichen Änderungen und
155den geänderten Statuten ist eine Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf den Listen der Linken für uns eine große Herausforderung. Die Bezirksorganisation prüft rechtzeitig, ob, wie und wo Kommunisten zu den Bezirksversammlungen und zur Bürgerschaft kandidieren. Unabhängig vom dann zu wählenden Vorgehen ist es unerlässlich, dass die Grundorganisationen bis dahin in der Bezirkspolitik weitere
160Erfahrungen sammeln heimisch sind und kommunistische Persönlichkeiten im Stadtteil bekannt machen.

Die Koordination zwischen den Gruppen und mit dem Bezirksvorstand ist eine Voraussetzung dafür, dass der neue Anlauf in der Kommunalpolitik gelingt. Die vom

165Bezirksvorstand gebildete kommunalpolitische Kommission hat über das operative Geschäft hinaus erste inhaltliche Vorschläge für den Bezirksvorstand erarbeitet. Der BV wiederum trifft die grundsätzlichen Entscheidungen, wie die Kommunalpolitik in Hamburg während der nächsten beiden Jahre inhaltlich und organisatorisch gestaltet wird. Der Bezirksvorstand kontrolliert die Umsetzung seiner Beschlüsse 170und derer der Bezirksmitgliederversammlung.

Kollektives Beratungsergebnis aller bisher beteiligten Parteigliederungen ist: das Thema „Wohnen“ im weiteren Sinne hat sich als Hauptinhalt der kommunalpolitischen Tätigkeit der DKP Hamburg herausgeschält. Das betrifft 175sowohl steigende Mieten in ganz Hamburg und die Vertreibung armer Menschen aus dem Stadtzentrum als auch den Mangel an Freizeitmöglichkeiten sowie kommunaler und sozialer Infrastruktur in Randlagen und einfachen Wohngebieten. Das Problem verschärft sich: Zehntausende Wohnungen werden in den kommenden Jahren aus der Mietpreisbindung fallen, Ersatz durch neue 180Sozialwohnungen fehlt in der bürgerlichen Koalition. Kommunalpolitik begreifen wir zuerst als sozialen Konflikt.

Bewegung

185Frieden und Antimilitarismus

Die Arbeit im Bereich Frieden und Antimilitarismus bleibt in den kommenden zwei Jahren zentral in der Agitation und Propaganda sowie in den Aktivitäten der DKP Hamburg. Der wieder erstarkte Militarismus ist ein wesentliches Standbein des 190deutschen Imperialismus bei seinem Streben nach Weltmacht. Zugleich lässt sich in diesem Bereich deutlich aufzeigen, dass die Interessen der Monopole im antagonistischen Widerspruch zu den Interessen der arbeitenden Klasse stehen. Wir konzentrieren uns dabei auf folgende Inhalte:

195 1. Der Afghanistan-Krieg eskaliert:

Der Afghanistankrieg ist quantitativ und qualitativ der größte Schritt, den der bundesdeutsche Militarismus seit 1945 gegangen ist, an ihm wird sich entscheiden, inwieweit die deutschen Imperialisten ihre strategischen Ziele auf dem Weg hin zu einer Weltmacht erreichen. Denn am Beispiel des Krieges in Afghanistan zeigen 200sich sämtliche Hürden, vor denen eine militärische Weltmacht Deutschland steht: Die dringendste Herausforderung für die Krieg führenden Bündnisse NATO und EU ist es, die Besatzung zu stabilisieren und eine dauerhafte Beherrschung des afghanischen Widerstandes zu sichern. Dies ist derzeit nicht garantiert.

Weiterhin stellt sich den Herrschenden die Frage, wie für den Krieg eine dauerhafte 205Duldung durch die Bevölkerung erreicht werden kann. Damit eng verbunden stellt sich für die Bundeswehr das Problem, dauerhaft Nachschub an Soldaten zu garantieren, die bereit sind, ihre Gesundheit und ihr Leben für die imperialistische Besatzung zu riskieren. Auch die beiden letzten Fragen sind momentan keinesfalls im Sinne der Imperialisten entschieden.

210

2. Rekrutierung unter Jugendlichen

Die zunehmend gefährlichen Bundeswehreinsätze machen der BW bei der Rekrutierung neuer SoldatInnen zu schaffen. Dem nachlassenden Interesse am „Arbeitgeber Bundeswehr“ stehen die massiv sinkenden Jobchancen Jugendlicher 215auf dem regulären Arbeitsmarkt gegenüber. So profitiert die BW vor allem von der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Die Nachwuchsgewinnung hat für die Bundeswehr höchste Priorität. Wichtigstes Instrument bei der Werbung unter Jugendlichen sind die Jugendoffiziere und ihre Auftritte auf Messen, Ausstellungen und Schulhöfen.

Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hamburg, 29.05.2010

Gleichzeitig dient die Öffentlichkeitsarbeit der BW unter Jugendlichen auch als 220 Akzeptanzwerbung für die Kriegseinsätze der BW.

3. Rüstungsstadt Hamburg

In Hamburg boomt das Geschäft mit dem Tod: Über 100 Unternehmen in Hamburg und Umgebung sind direkt oder indirekt mit dem Bau von Kriegswaffen und der 225 Entwicklung von für die Rüstung nützlichen Elementen befasst. Über den Hamburger Hafen werden viele deutsche Rüstungsexporte abgewickelt. Hamburg ist auch die Stadt des SPD-Rüstungslobbyisten Johannes Kahrs. Kahrs ist aktives Mitglied im Lobbyzirkel Förderkreis Deutsches Heer und Nutznießer mehrerer vierstelliger Spenden der deutschen Panzerbauer an seinen SPD-Bezirk Hamburg-230 Mitte.

...

Antifaschistische Arbeit

Der Hamburger Landesverband der DKP hat in den letzten zwei Jahren jeweils eine 235 Antifa-Konferenz erfolgreich durchgeführt. Im Jahr 2008 stellten wir den engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus dar, im Jahr 2009 diskutierten wir über Fragen und Hemmnisse der gemeinsamen Zusammenarbeit. Mit beiden Konferenzen konnten wir im anpolitisierten Jugendbereich, aber auch in die Hamburger antifaschistische Bewegung hineinwirken.

240

Für den nächsten Zeitraum nehmen wir uns vor, erneut eine Antifa-Konferenz durchzuführen, die sich im wesentlichen der Strategie-Entwicklung widmet und Anstöße für künftige Projekte geben kann. Unser Ziel ist es, eine Debatte darüber zu beginnen, wie es gelingen kann, Hamburg nazifrei zu machen.

245

Ferner knüpfen wir an die erfolgreiche Mitarbeit im Hamburger Bündnis gegen Rechts an und unterstützen die dort entwickelten Kampagnen, aktuell gegen den Vertrieb einer neuen Nazi-Postille mit dem Namen „Zuerst“

250 Darüber hinaus entwickeln wir zu bestimmten traditionsreichen Tagen, wie zum Beispiel dem 8. Mai, eigen Öffentlichkeitsmaterialien, in denen wir unsere Positionen darstellen und zur Diskussion anbieten.

255 Jugend

Die SDAJ ist eine Selbstorganisation sozialistischer und kommunistischer 260 Jugendlicher, mit der uns gemeinsame Grundlagen und Zielvorstellungen eng verbinden. Die SDAJ erreicht allein schon aufgrund ihrer Altersstruktur und der jeweils aktuellen Jugendsprache Jugendliche besser als die DKP und kann sie in die Auseinandersetzungen der heutigen Zeit für ihre eigenen Interessen mobilisieren.

Die Unterstützung der SDAJ ist deshalb eine ureigenste Angelegenheit der 265 Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten. Diese drückt sich in verschiedensten Formen aus. So stellen wir der SDAJ geeignet Jugendräume im Magdas-Thürey-Zentrum zur Verfügung, helfen beim Druck der SDAJ-Zeitung Likedeeler und stellen bei Bedarf Diskussionspartner und Referenten zur Verfügung.

270 Bildungspolitik

Ziele: Zum Volksentscheid mobilisieren, kämpferische Positionen in die Diskussion um Schulen in Hamburg hineinragen. Das Profil von SDAJ und DKP im jugendnahen Bildungsbereich ausweiten.

275

...
Internationales

Im Dezember 2010 wird die Tradition der Weltfestspiele fortgeführt. In Südafrika werden die 17. Weltfestspiele der Jugend und Studenten stattfinden.

Ziele: Die Idee der Weltfestspiele bekannter machen und für internationale Solidarität agitieren.

Maßnahmen:

...

Antimilitarismus

Auch nach Abschluss der SDAJ-Kampagne „Keinen Menschen – keinen Cent – keinen Fußbreit der Bundeswehr!“ bleibt Antimilitarismus ein wichtiger Politikbereich für die SDAJ und ist es ebenso für die DKP.

Ziele: Nachwuchsrekrutierung der Bundeswehr behindern

...

290 *Arbeiterjugendpolitik*

Die DKP unterstützt in Hamburg die Durchführung der bundesweit geplanten Kampagne der SDAJ gegen die Abwälzungen der Krise auf die lernende und arbeitende Jugend.

295

Ideologie und Bildung

Grundlagen unserer Politik und Weltanschauung sind die Lehren von Marx, Engels, Lenin und weiterer kommunistischer Persönlichkeiten. Der Marxismus/Leninismus ist eine Wissenschaft, die entsprechend studiert sein will. Die Kommission Ideologie knüpft an ihre erfolgreiche Arbeit der vergangenen Periode an. Hierzu gehört die Fortführung der Angebote von Wochenendseminaren und die Unterstützung der ideologischen Diskussion im Bezirksvorstand sowie der Bildungsabende in den Grundorganisationen.

305...

Öffentlichkeitsarbeit

Die besten Positionen nützen nichts, wenn es uns Kommunistinnen und Kommunisten nicht gelingt, sie in die öffentliche Auseinandersetzung zu bringen, daran zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Unsere zentralen Materialien zur Agitation sind neben der „UZ“ als Landesorgan die „Hamburger Utsichten“ und der Internetauftritt der Partei.

...

315

Weitere Beschlüsse der Bezirkskonferenz:

Beschluss:

320 Die DKP-Hamburg ruft zur Teilnahme an der Volksabstimmung auf:

Zweimal NEIN am 18. Juli!

Wir bleiben bei einer Schule für Alle!

325

1.

25

Die DKP-Hamburg ruft ihre Mitglieder und die Menschen in Hamburg dazu auf, beim Volksentscheid zur Schulreform am 18. Juli 2010 **zweimal mit NEIN** zu stimmen.

330 Die DKP-Hamburg lehnt sowohl den Antrag der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“, als auch den durch die Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft gestellten Antrag ab.

2.

Wir sagen „Nein!“ zur Vorlage der reaktionären Initiative „Wir wollen lernen“. Diese Initiative will das bestehende System der Auslese und Karrierezuweisung bei der Wahl des Schulweges konservieren. Die angestrebte frühere Wahl der Schulform verstärkt die Selektion der Schülerinnen und Schüler im Schulwesen und verbaut vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu gut ausgestatteten Schulen und umfassender Bildung. Alle aktuellen Studien ergeben hingegen einen klaren

340 Zusammenhang zwischen längerer, gemeinsamer Beschulung und der Verbesserung der Lernleistungen.

3.

Wir sagen „Nein!“ zum kapitalistischen Modernisierungskonzept der Bürgerschaftsfraktionen. Der Antrag der Fraktionen von CDU, GAL, SPD und PDL 345 fordert die Zustimmung zur Abschaffung der Gesamtschule und der Zementierung des gegliederten Schulwesens. In der momentanen politischen Auseinandersetzung hat er auch dazu geführt, dass die Diskussion um die Initiative „Eine Schule für alle!“ praktisch beendet wurde.

4.

350 Wir fordern konsequent eine Schule für alle. Gemeinsames miteinander und voneinander lernen ist die Voraussetzung für die bestmögliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Positive Erfahrungen mit den Gesamtschulen in Hamburg, aus anderen Ländern mit solchen Schulsystemen, Erfahrungen aus 40 Jahren Einheitsschule der DDR mit einheitlichem Bildungswesen vom Kindergarten 355 über Schule, Berufsausbildung und Hochschule sollen genutzt werden.

5.

Eine grundsätzlich andere Schule, eine demokratische Schule mit einer gänzlich anderen Pädagogik, in der die Subjektentwicklung des Einzelnen und die Solidarität im Mittelpunkt stehen, fällt nicht vom Himmel. Die DKP in Hamburg unterstützt 360 weiterhin die Initiative „Eine Schule für alle“. Diese ist eine notwendige, aber keine hinreichende Alternative zur auf Auslese und Trennung ausgerichteten Klassenschule. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen in Hamburg auf, sich nicht am in der Bürgerschaft ausgehandelten, 10jährigen Burgfrieden für die Bildungspolitik zu beteiligen. Ein besseres Schulsystem wird nicht über 365 Verhandlungen der Bürgerschaftsparteien erreicht, sondern erfordert außerparlamentarischen Druck durch das solidarische Handeln von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern.

Begründung:

370 Am 18. Juli 2010 findet in Hamburg ein Volksentscheid über Teile der schwarz-grünen Schulreform statt.

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ hat beantragt das Hamburgische Schulgesetz in zwei Punkten zu ändern:

- ... Die weiterführenden Schulen (Stadtteilschule und Gymnasium) sollen 375 nicht nach Klasse 6, sondern nach Klasse 4 beginnen.
- ... Die Eltern sollen das Recht erhalten, nicht nach Klasse 6, sondern nach Klasse 4 die Schulform für ihre Kinder zu wählen.

Dem haben die Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig einen 380 eigenen Antrag entgegengestellt.

- ... Darin soll zunächst einer Selbstverständlichkeit zugestimmt werden („Ich bin für eine bessere Schule in Hamburg, die gerechter und leistungsfähiger ist.“)
- 385 ●... Im zweiten Absatz wird dann inhaltlich der Gegenantrag zur Volksinitiative gestellt: „Ich unterstütze das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule und das Elternwahlrecht nach Klasse 6.“
- ... Der dritte Absatz hat es in sich. Die Wählerinnen und Wähler sollen „die einstimmige Entscheidung der Bürgerschaft vom 3. März 2010“ unterstützen.

390

Die allermeisten Abstimmenden werden nicht wissen, was die Bürgerschaft da beschlossen hat. Gelegentlich werden daraus einige begrüßenswerte Änderungen im Schulalltag zitiert, so die Herabsetzung der Klassenfrequenzen in der Grundschule und die Abschaffung des Büchergeldes. Die eigentliche politische Zielsetzung dieses Beschlusses wird in der Öffentlichkeit aber nicht genannt. Die 395 lautet: „Es soll an dem Ziel festgehalten werden, die Schulstruktur der allgemeinen Schulen in Hamburg so umzugestalten, dass sie künftig aus einer sechsjährigen Primarschule und den beiden weiterführenden Schulformen Stadtteilschule und sechsstufiges Gymnasium besteht.“ Mit der Zustimmung zu diesem dritten Absatz 400 im Antrag der Hamburgischen Bürgerschaft sollen die Wählerinnen und Wähler also der Abschaffung der Gesamtschule und der Zementierung des gegliederten Schulwesens (jetzt zweigliedrig statt wie bisher dreigliedrig) unterstützen.

Worum geht es also bei dieser Volksentscheid? Die öffentliche Schule hat seit 405 ihren Anfängen eine doppelte Aufgabe. Sie soll den Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die in deren späteren Berufsleben als Lohnabhängige von den Betrieben profitabel verwertet werden können. Daneben soll sie die gegebene Teilung der Gesellschaft in oben und unten, in Bourgeoisie und Arbeiterklasse durch eine frühzeitige Trennung der Kinder und Jugendlichen 410 reproduzieren und sichern, indem sie den Eindruck erweckt, dieses geschehe nach „objektiven“ Kriterien, nach Leistung und nicht nach Herkunft.

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass das deutsche Schulwesen beide Aufgaben nicht mehr hinreichend erfüllt.

- 415 ●... In der großen Industrie, in der mittelständischen Wirtschaft, ja selbst im Handwerk werden immer weniger einfache Tätigkeiten verlangt. Die Entwicklung der Technik und in ihrer Folge die Rationalisierung in den Betrieben verlangen nach immer mehr Beschäftigten, die diese modernen Maschinen und Geräte bedienen können. Häufig findet sogar 420 eine Verschmelzung von früher hierarchisch aufgebauten Tätigkeiten statt (Konstruktion, Arbeitseinrichtung, Maschinenbedienung), so dass die Beschäftigten nicht nur reproduzierende Fähigkeiten mitbringen müssen, sondern auch kreative, schöpferische.
- 425 ●... Insbesondere in Großstädten wie Hamburg erfüllt das alte Schulwesen auch nicht mehr seine Aufgabe der Aufteilung der Schülerschaft und der Befriedung der Gesellschaft. Die Hauptschule ist im Widerspruch zu ihrem Namen zur Restschule geworden. Die dort Verbliebenen stellen ein gesellschaftliches Risikopotential dar. Aber auch das Gymnasium erfüllt nicht mehr seine gesellschaftliche Aufgabe als Schule der da oben, 430 seitdem mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler von ihrem Eltern dort angemeldet werden.

In diesem Sinne muss das Schulwesen modernisiert werden. Die Interessen der Bourgeoisie sind aber keineswegs einheitlich. So gewichten beispielsweise 435 Anhänger der CDU je nach Nähe oder Ferne zur Produktion mehr die Ausschöpfung

der Begabungsreserven und die Modernisierung der Lerninhalte oder die gesellschaftliche Steuerung durch Auslese und Karrierezuweisung. Die beiden Vorlagen für den Volksentscheid sind Ausdruck dieser unterschiedlichen Interessenlage innerhalb der Bourgeoisie. Allerdings darf man auch nicht
440 übersehen, dass auch kleinbürgerliche Kräfte sich der konservativen Fraktion angeschlossen haben, weil sie sich Illusionen darüber machen, dass ihre Kinder durch die Abgrenzung zu den „Unterschichten“ Vorteile gewinnen könnten.

Die „Reform-CDU“ um Bürgermeister von Beust, wie sie von manchen Grünen, aber
445 auch Linken genannt wird, und die Grün-Alternative Liste (GAL) versuchen den Spagat zwischen Modernisierung des Bildungswesens und Erhaltung seiner gesellschaftlichen Steuerungsfunktion, indem sie mit der sechsjährigen Primarschule eine bessere Ausschöpfung der Begabungen ermöglichen, mit der zweigliedrigen Oberstufe aus Stadtteilschule und Gymnasium die
450 Steuerungsfunktion der Schule durch Auslese und Trennung erhalten wollen. Hinzu kommt, dass das gesellschaftliche Konfliktpotential, das sich in der marginalisierten Hauptschule angesammelt hat, durch diese Schulstruktur entschärft wird. Den konservativen und reaktionären Kräften in der Initiative „Wir wollen lernen“ ist die frühe Auslese wichtiger als die inhaltliche und strukturelle Modernisierung des
455 Schulwesens. Letztere kann man ihrer Meinung nach auch anders erreichen.

Bei den beiden Vorlagen zum Volksentscheid handelt es sich also um die Positionen zweier Fraktionen des Bürgertums. Eine fortschrittliche Position im Interesse der der Lohnabhängigen steht nicht zur Abstimmung. Sie müsste lauten: „Alle Kinder und
460 Jugendlichen müssen ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern eine einheitliche Schule besuchen“ So hatte es sinngemäß schon 1904 Clara Zetkin auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen in ihrem berühmten Referat „Die Schulfrage“ gefordert. Das war und ist zumindest ansatzweise auch die Forderung der Initiative „Eine Schule für alle“.

465 Wie sollen sich nun fortschrittliche Kräfte in der konkreten Auseinandersetzung um den Volksentscheid am 18. Juli 2010 verhalten? Es kann nicht darum gehen, der „modernen“ CDU und ihrem Koalitionspartner GAL zum Sieg über die konservativ-reaktionäre Fraktion des Bürgertums zu verhelfen. Es kann nicht darum gehen
470 zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen. Selbstverständlich ist die Vorlage der Initiative „Wir wollen lernen“ abzulehnen, aber nicht, indem man die Vorlage der Bürgerschaft unterstützt.

Schon Rosa Luxemburg hat vor über 100 Jahren die marxistische Orientierung
475 ausgegeben: „Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und Aufhebung des Lohnsystems
480 hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ (R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? Vorwort)

485 Aufgabe der marxistischen Kräfte ist es, die Interessen, die hinter den Vorlagen zum Volksentscheid stehen, zu entlarven und ihnen die demokratische Einheitsschule als die wirkliche Alternative entgegen zu stellen. Unsere Wahlempfehlung muss lauten:

2 x Nein

490

Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hamburg, 29.05.2010

Nein zur Vorlage der reaktionären Initiative „Wir wollen lernen“. Nein zum kapitalistischen Modernisierungskonzept der Bürgerschaftsfraktionen.

Dabei sollten wir nicht verkennen, dass auch in der Auseinandersetzung um die Schulreform die Dialektik wirkt. Die höhere Qualifikation der Beschäftigten, die die Kapitalisten für die Verwertung ihres Kapitals verlangen, befähigt die Arbeiter und Angestellten auch, die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre eigene Lage besser zu durchschauen. Wir können deshalb durchaus eine sechsjährige Primarschule begrüßen.

500

Aber wenn diese Maßnahmen in das geschilderte Gesamtkonzept einer Schulstrukturreform eingebunden sind, dann muss ihre Bewertung in den Zusammenhang mit den übrigen Teilen dieser Reform gestellt werden. Die Primarschule ist kein erster Schritt in die richtige Richtung (Eine Schule für alle). Die Aufstockung der bislang vierjährigen Grundschule für alle Kinder um zwei Jahre zur sechsjährigen Primarschule und die darauf aufbauende Zweigliedrigkeit in Form von Stadtteilschule und Gymnasium bilden faktisch eine Einheit. Ihr Ziel ist die Zementierung von Auslese und Trennung im Interesse der Bourgeoisie und ihres kleinbürgerlichen Anhangs. Das wird auch darin deutlich, dass CDU, GAL und SPD nach dem Beschluss der Bürgerschaft vom 3. März 2010 ein Abkommen geschlossen haben, nach dem Volksentscheid für zehn Jahre nicht an der Schulstruktur zu rütteln.

Auch wenn sich zurzeit die meisten linken Kräfte um die falsche Alternative sammeln, sollte die Phase der Politisierung vor dem Volksentscheid zur Aufklärung über den Charakter und die Kontinuität der neoliberalen Schulpolitik in Hamburg genutzt werden. Nutzen wir aber auch die Zeit zur Verbreitung von Information über unsere Zielsetzungen. Das ist die „Eine Schule für alle“. Die ist eine notwendige, aber keine hinreichende Alternative zur auf Auslese und Trennung ausgerichteten Klassenschule. Wo möglich, können wir auch für eine grundsätzlich andere Schule werben, eine demokratische Schule mit einer gänzlich anderen Pädagogik, in der die Subjektentwicklung des Einzelnen und die Solidarität im Mittelpunkt stehen. Eine Schule, ohne Auslese, ohne Noten, aber mit Lehrkräften, die Kenntnisse, Kraft und Zeit haben für die gleichberechtigte individuelle Förderung aller Kinder. Eine von neoliberaler Ökonomie befreite Schule, die verbunden ist mit der gesellschaftlichen Reproduktion und tatsächlich auf diese vorbereitet.

In dieser Auseinandersetzung wird sich herausstellen, wer unsere wirklichen Bündnispartner sind. Für manchen aufrechten Demokraten wird dabei auch klar werden, dass für die Durchsetzung einer solchen Schule nicht allein guter Argumente bedarf. Wo die Interessen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse aufeinander treffen, stellt sich auch die Machtfrage. Für eine solche wirklich demokratische Schule bedarf es eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

535

Beschluss:

Praktisches Eingreifen der DKP Hamburg in die Auseinandersetzung um den Volksentscheid am 18 Juli 2010

540

- Auf der inhaltlichen Grundlage des Antrags „Zweimal NEIN am 18. Juli“ greift die DKP aktiv in die Auseinandersetzung um den Volksentscheid ein. ...

545

Beschluss:

Die DKP-Hamburg führt folgende Veranstaltung durch:

550 **„Ein besseres Land....?!So wie es ist, so bleibt es nicht!“**

Veranstaltung der DKP-Hamburg nach 20 Jahren Annexion der DDR

Datum: 13.11.2010
Zeit: 14-18 Uhr
555Ort: Magda-Thürey-Zentrum
Veranstalter: Bezirksvorstand der DKP-Hamburg

I. Zielstellung

Am 03. Oktober 2010 wird in diesem Land von der herrschenden Meinung des 20.
560Jahrestages der „Vereinigung Deutschlands“ gedacht werden. Bereits seit Beginn
des Jahres und uns bis zum Herbst begleitend, wird in den Medien dieses Ereignis
thematisiert und das übliche Schreckensszenario vom angeblichen „Unrechtsstaat
DDR“ gezeichnet.

565Unsere Veranstaltung soll sich hingegen mit der Entwicklung in beiden deutschen
Staaten befassen anhand von Grundpositionen in den vier Bereichen soziale
Entwicklung, Frieden, Antifaschismus und Demokratie. Hierzu wollen wir einerseits
die Entwicklung beider deutschen Staaten bis 1989/90 darstellen, als auch anhand
dieser Positionen die Entwicklungsrichtung der heute größeren Bundesrepublik
570beleuchten.

Ausgangspunkt für die ersten beiden Impulsreferate soll die Situation direkt nach
dem 8. Mai 1945 sein und die damals in der Bevölkerung weit verbreitete
Vorstellung, Deutschland könne ein wirklich demokratisches und neutrales,
antifaschistisches Land werden.

575

Insgesamt soll die Veranstaltung den Charakter einer politisch-ideologischen
Positionierung der DKP-Hamburg zum 20. Jahrestag haben. Nach den
Impulsreferaten soll eine Diskussionszeit den Austausch ermöglichen. Im Ergebnis
der Frage „Ein besseres Land!?“ soll die dann hergeleitete und begründete Position
580vertreten werden, dass – ohne Fehlentwicklungen zu verschweigen – die DDR
aufgrund ihrer Ausrichtung in den Grundpositionen das „bessere Deutschland“ war.
Mit der schon im Titel vorhandenen Aussage „So wie es ist bleibt es nicht!“ soll die
Notwendigkeit aufgezeigt werden, vor allem in den vier genannten Bereichen die
gesellschaftlichen Verhältnisse der heutigen Bundesrepublik durch politischen
585Kampf verändern zu müssen.

...

Beschluss:

590

Gedenkveranstaltung für Magda Thürey – Bär im Juli 2010

In diesem Jahr ist es 65 Jahre her, das die Genossin Magda Thürey an den Folgen
der Haft in den faschistischen Gefängnissen und KZ verstarb. Die DKP Hamburg
595wird aus diesem Anlass eine Gedenkveranstaltung durchführen. Damit ehren wir die
Opfer der Verfolgung und verbinden diese Ehrung mit der Propagierung unseres
MTZ als einem Treffpunkt der Antifaschisten.

Magda Thürey verstarb am 17. Juli 1945. Am 23 Juli 1945 kamen mehrere hundert
Teilnehmer aus KPD und SPD zu ihrer Beerdigung auf den Ohlsdorfer Friedhof. An

45

600ihrem Grab gaben sich Fiete Dettmann von der KPD und Jacky Meitmann von der SPD die Hand und schworen sich „nie wieder Bruderkampf“. Wir werden zum 65. Jahrestag dieses Ereignisses eine Gedenkveranstaltung durchführen.

...

605

Beschluss:

Forum der MASCH zur Diskussion grundsätzlicher Fragen der marxistischen Linken

610

Die DKP Hamburg unterstützt die Initiative der MASCH e.V. ein überparteiliches Forum zur Diskussion grundsätzlicher Fragen der marxistischen Linken einzurichten und nimmt aktiv daran teil. Die Mitglieder der DKP, die daran teilnehmen, verständigen sich im Vorfeld über ein gemeinsames Herangehen.

615

Beschluss:

Resolution an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

620An den Ministerpräsidenten
des Landes Brandenburg,
die Regierungskoalition des Landes Brandenburg,
und die Mitglieder des Landtages.

625Wir, die an der heutigen Bezirksmitgliederversammlung teilnehmenden Mitglieder und Gäste der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburgs, der Geburtsstadt Ernst Thälmanns, verurteilen den Abriss der antifaschistischen Ernst Thälmann Gedenkstätte in Ziegenhals auf das Schärfste.

Der Akt der Kulturbarbarei ist ein weiterer Höhepunkt der immer weiter ausufernden

630Geschichtsumschreibung, der Versuche den antifaschistischen Widerstandskampf, der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Kräfte gegen Hitlerfaschismus und Krieg, klein zu reden, zu schreiben, oder wie in Ziegenhals geschehen einzuebnen!

Mit Wut und Empörung nehmen wir diesen weiteren Versuch antifaschistische und kommunistische Geschichte in Vergessenheit geraten zu lassen zur Kenntnis.

635Trotz vieler auch internationaler Proteste wurde in einer „Nacht und Nebel Aktion“
Die Gedenkstätte Ziegenhals dem Erdboden gleichgemacht!

Ziegenhals und seine Bedeutung für die deutsche und internationale Arbeiterklasse, als Ort der letzten Sitzung, an der Ernst Thälmann teilgenommen hat, wird aber immer in Erinnerung bleiben. Dort wurden die Weichen gestellt für den Kampf gegen

640Faschismus und Krieg!

Dort erklang Ernst Thälmanns Stimme vor seiner Verhaftung und Inhaftierung vor den versammelten Mitgliedern des Zentralkomitees der KPD zum letzten Mal.

Thälmann analysierte in seiner „Ziegenhalser Rede“ die neu entstandene Lage nach dem 30. Januar 1933 und den Klassencharakter der faschistischen Diktatur, die

645politischen und sozialen Auswirkungen nach Innen und die wachsende Kriegsgefahr nach Außen. Er bereitete seine Genossinnen und Genossen auf den bevorstehenden Terror, aber auch auf den erforderlichen Widerstandskampf, mit dem Ziel des Sturzes der Nazis, vor. Sein Hauptaugenmerk lag dabei auf der Zusammenführung aller notwendigen gesellschaftlichen Kräfte und der

650Aktionseinheit der Arbeiterklasse – einer Verstärkung, aber zugleich auch Fortsetzung der antifaschistischen Arbeit der KPD der vorangegangenen Jahre. Zugleich formulierte Ernst Thälmann in dieser Rede ein neues strategisches Ziel des antifaschistischen Kampfes. Welches Deutschland muss nach Hitler kommen? Sowjetdeutschland oder bürgerliche Demokratie? Der VII. Weltkongress der

Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hamburg, 29.05.2010

- 655Kommunistischen Internationale und die „Brüsseler Konferenz“ der KPD (beide 1935) bestätigte die Richtigkeit der dialektischen Schlussfolgerungen, die Ernst Thälmann in Ziegenhals aus der damaligen neuen Situation entwickelt hatte.
Die Bedeutung der Ernst Thälmann Gedenkstätte in Ziegenhals war und ist national wie international unbestritten.
- 660Deshalb gilt unsere Solidarität den Mitgliedern des Freundeskreises der Ernst Thälmann Gedenkstätte Ziegenhals.
Deshalb werden wir alles daran setzen das Ziegenhals weiterleben wird.
Wir werden gemeinsam mit den Mitgliedern des Freundeskreises der Ernst Thälmann Gedenkstätte Ziegenhals, mit den Mitgliedern des Kuratoriums der
- 665Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg, den Kampf für die Ernst Thälmann Gedenkstätte Ziegenhals fortsetzen.
Die Veranstaltungen werden auch weiterhin am 7. Februar, am 16. April (Geburtstag) und 18. August (Tag der Ermordung) am Ort durchgeführt werden.
Sie Herr Ministerpräsident, und ihre Koalition sind aufgefordert endlich Gesetz
- 670und Recht für die Gedenkstätte in Ziegenhals in Anwendung zu bringen.

Hamburg, den 29. Mai 2010

675

Beschluss:

Solidarität mit den vom Ausschluss bedrohten IG-Metall-Kollegen bei Daimler!

- 680Die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hamburg solidarisiert sich mit den vom Gewerkschaftsausschluss bedrohten Kollegen bei Daimler. Die Kandidatur auf einer alternativen kämpferischen, an den Interessen der Kollegen ausgerichteten Betriebsratsliste darf kein Grund für einen Ausschluss aus der IGM sein. Demokratischer innergewerkschaftlicher Meinungsstreit um richtige Inhalte und
- 685Form, den Angriffen der „Arbeitgeber“ auf erkämpfte Errungenschaften und der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse zu begegnen, ist wichtig und notwendig für die Gewerkschaften. Die tatsächliche Gefahr für die Zukunft der Gewerkschaften liegt hingegen in dem Irrglauben durch immer neue Zugeständnisse an die „Arbeitgeber“, Arbeitsplätze oder „den Standort“ sichern zu
- 690können und in der „sozialpartnerschaftlichen“ Politik der Abkehr von den Interessen der Arbeiterklasse.

Die DKP Hamburg unterstützt deshalb den folgenden Aufruf/Unterschriftenliste:

Ausschlussverfahren gegen Metaller stoppen!

In verschiedenen Daimler-Werken (Berlin, Sindelfingen, Kassel) werden Ausschlussverfahren und Funktionsverbote aus der IG Metall gegen Kollegen vorbereitet, die auf einer nicht von der Gewerkschaft autorisierten Liste zur Betriebsratswahl kandidiert haben.

In diesem Zusammenhang stellen wir fest:

Wir sehen uns derzeit verschärften Angriffen der Unternehmer auf in der Vergangenheit erkämpfte Errungenschaften gegenüber. Wir sind der Meinung: Die breite Einbeziehung der Belegschaften ist der einzige Weg, die anstehenden Auseinandersetzungen zu bestehen. Dies erfordert eine offene Diskussion über unsere Politik, in die sich alle Metallerinnen und Metaller mit ihren unterschiedlichen Positionen einbringen können.

Meinungsvielfalt und demokratische Streitkultur stärken die Gewerkschaften. Das Ausgrenzen von Positionen und Strömungen hingegen verhindert die aktive Einbeziehung der Kollegen, schwächt die Mobilisierungsfähigkeit und die Durchsetzungskraft der IG Metall und der Gewerkschaften.

Deshalb fordern wir die sofortige Einstellung aller Ausschlussverfahren, keine Funktionsverbote!

Erst-Unterszeichner: **Tom Adler und Michael Clauß**, IGM, BR Daimler Stuttgart Untertürkheim* – **Ulf Wittkowski und Mainhard Schmidt**, IGM, BR Daimler Hamburg* - Hüseyin **Akyurt**, IGM, VKL und BR BSH Berlin* - **Markus Dahms**, IGM, BR-Vorsitz IMB ND Berlin* - **Peter Lohse**, IGM, BR CNH Berlin* - **Ali Cicek**, IGM, BR Ford Köln* - **Matthias Fritz**, IGM VKL Mahle Stuttgart* - **Bernd Riexinger**, ver.di, Geschäftsführer Bezirk Stuttgart* - **Carsten Becker**, ver.di, Personalrat Charite Berlin*

*Angabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person

Name	Betrieb	Gewerkschaft (ggfs.Funktion)	Ort	Unterschrift

Bitte ausgefüllt an Fax-Nummer 030 327 4091 oder email soli_mit_alternative@yahoo.de